

Deponie: AVE verzichtet

AUF EIS GELEGT / SPÖ kritisiert ÖVP: „Berlakovich schmückt sich mit fremden Federn“,

VON PIA REITER UND BETTINA SCHEIDL

NEUDORF BEI PARNDORF / Nun steht es fest: Die Betreiberfirma „AVE“ hat den Antrag auf die Erweiterung der Deponie Neudorf bei Parndorf auf eine Reststoffdeponie zurückgezogen. Eine Nachricht, die seit Freitag neben Politik vor allem auch Vertreter der ins Leben gerufenen Bürgerinitiativen zufrieden stimmt.

ÖVP: Umweltminister verhandelte AVE-Rückzug

„Die Erweiterung der Baurestmassendeponie in Neudorf bei Parndorf zu einer Reststoffdeponie ist endgültig vom Tisch. Die Betreibergesellschaft AVE hat sich nach intensiven Gesprächen mit meinem Ministerium dazu bereit erklärt, den entsprechenden Antrag zurückzuziehen. Mir ist wichtig, dass für die ansässigen Bürger wieder Klarheit herrscht und sie nicht länger um ihre Lebensqualität fürchten müssen“, betont Umweltminister Nikolaus Berlakovich.

Landesrat Andreas Liegenfeld (ÖVP) kommentiert den Rückzug der „AVE“ wie folgt: „Ich habe



Neue Pläne. Im Juli 2010 stellte die Firma „AVE“ den Antrag auf Erweiterung für eine Reststoffdeponie. Gegner liefen dagegen Sturm.

mich intensiv für eine vernünftige Lösung des Problems Neudorf eingesetzt und ich bin über den Ausgang der Verhandlungen sehr zufrieden.“ Diesem kann sich auch ÖVP-Klubobmann Rudolf Strommer nur anschließen. Für ihn sei es vor allem ein Erfolg für die Menschen, die sich Sorgen um ihre Lebensqualität gemacht haben. „Dieser Schritt ist dem Verhandlungserfolg von Umweltminister Nikolaus Berlakovich zu verdanken und bringt

eine Erleichterung für die Bürger in der Region,“ so Strommer.

SPÖ: „Berlakovich schmückt sich mit fremden Federn“

Anders stellt sich der Sachverhalt für Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) dar: „Bundesminister Berlakovich schmückt sich mit fremden Federn. Er hat kein einziges Gutachten in Auftrag gegeben“, erklärt Niessl. Und weiter: „Wichtig ist für mich, dass die Reststoffdeponie nun an-

scheinend Geschichte ist. Wir werden aber weiterhin genau die Deponien auf ihre Rechtmäßigkeit und ihren Einfluss auf die Region untersuchen. Das Burgenland darf nicht der Mistkübel von Österreich werden.“

Dadurch, dass Niessl den Kampf gegen die Deponie zur „Chefsache“ erklärt habe, habe zum jetzigen Erfolg geführt, steht für Nationalrat Erwin Preiner und Landtagsabgeordneter Werner Friedl (beide SPÖ) fest: „Erst die Tatsache, dass der Landeshauptmann eine Reihe von Experten-Gutachten eingeholt und die Bevölkerung aktiv mit einbezogen hat, führte zum Umdenken der Projektbetreiber.“

Völlige Entwarnung könne aber noch nicht gegeben werden: „Ein „AVE“-Sprecher hat nicht ausgeschlossen, dass ein neuerlicher Projektantrag gestellt wird. Das kann bedeuten, dass sich die Betreiber eine Hintertür offenhalten wollen und nach der Devise „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ vorgehen“, so Preiner und Friedl. Daher verlange man eine vollständige Verzichtserklärung der Firma „AVE“.

REAKTIONEN DER BÜRGERINITIATIVEN ÜBER DEN RÜCKZUG DER FIRMA AVE



Felix Miletich
Bürgerinitiative
Neudorf

„Wir sind natürlich hoch erfreut, dass der Antrag auf Erweiterung der Deponie nun

vonseiten der „AVE“ zurückgezogen wurde. Wir bleiben aber nach wie vor skeptisch und in „Wartestellung“, da man derzeit nicht genau weiß, ob es sich um einen endgültigen Rückzug handelt, oder die Erweiterung der bestehenden Deponie in einigen Jahren wieder Thema wird. Als Bürgerinitiative werden wir weiterhin bestehen bleiben und vor allem nicht aufgeben. Vorläufig sind wir über die aktuelle Entscheidung aber natürlich froh.“



Andrea Priker
Verein „Übers-
Leben“

„Wir freuen uns sehr, dass die vom Verein vertretene strikte Ablehnung aller Kompromisse

und unsere unerschütterlichen Bemühungen zum Erfolg geführt haben. Trotz alledem ist es für uns nur ein Etappensieg - in Anbetracht der eindeutigen Ergebnisse der Gutachten werden wir erst dann zufrieden sein, wenn zweifelsfrei feststeht, dass auch durch die schon bestehenden Bewilligungen und Ablagerungen eine Gefährdung der Umwelt und damit der Menschen mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden kann.“



Stefan Rainer
Bürgerinitiative
Parndorf

„Was letztendlich die Entscheidung der „AVE“ maßgeblich beeinflusst ist nicht be-

kannt. Nun ist die Landesregierung gefragt, diesen Deponiewuchs auf der Parndorfer Platte Einhalt zu gebieten und die Chance, den gesetzlichen Rahmen enger zu schnüren, zu nutzen. Auch wir werden weiter die Situation beobachten. Denn um eine Erweiterung der bestehenden Reststoffdeponie um den einen oder anderen Reststoff kann die „AVE“ jederzeit Ansuchen. Wie bedanken uns bei allen Mitstreitern und Unterstützern!“



Mit Plakaten. Viele Bürger brachten ihre Ängste zum Ausdruck.

auf Erweiterung

Ortschefs und Bürger sind froh, bleiben aber auch skeptisch.

Für Parndorfs Bürgermeister Wolfgang Kovacs war das Ende der „Giftmülldeponie“ schon seit einem Jahr absehbar: „Die Betreiber haben seit den Demonstrationen und den Protesten keinerlei Initiative zur Durchsetzung gezeigt. Das Thema wurde nur mehr aus wahltaktischen Gründen künstlich am Leben gehalten. Der offizielle Rückzug der Betreiber ist nun beruhigend und beweist, dass der gemeinsame Widerstand von Bevölkerung und Bürgerinitiativen Wirkung gezeigt hat.“ Wichtiger als aus dem „Sieg gegen die Deponie“ parteipolitisches Kleingeld zu machen, sei es nun, das Projekt im Auge zu behalten, so Kovacs.



Keine Änderung. Die bestehende Baurestmassendeponie in Neudorf bei Parndorf wird auch künftig in Betrieb bleiben. FOTOS: BVZ ARCHIV

„AVE“: „Macht keinen Sinn, gegen Einwohner zu agieren“

Auch für Neudorfs Ortschef Stefan Mikula ist der Rückzug der „AVE“ mit Vorsicht zu genießen: „Wir hoffen natürlich alle, dass dies ein endgültiger Rückzug ist und es keinen neuerlichen Antrag auf Erweiterung geben wird, hier muss man aber vorsichtig sein und die Sache weiterhin beobachten. Für uns

ist es jetzt aber ein großer Erfolg, der auf den Einsatz der Bürger, Bürgerinitiativen, Landeshauptmann Niessl und Minister Berlakovich zurückzuführen ist.“

Gegenüber der BVZ erklärt Bernd Schützeneder, Pressesmitarbeiter bei „AVE“, die Gründe für den Rückzug: „Es macht für uns keinen Sinn, gegen die Einwohner der Region zu agieren. Wir haben den massiven Widerstand der Bürger gespürt, daher bringt es wenig, das geplante

Projekt zu realisieren. Wir wollten nicht ständiger Anlass für Sorgen und Proteste sein.“ Zudem, so Schützeneder, sei bemerkbar gewesen, dass das geplante Vorhaben ständiger Anlass für parteipolitische Diskussionen gewesen sei. Auf die Frage, ob der Rückzug der Erweiterung auch ein endgültiger Rückzug sei, antwortet Schützeneder: „Für die Zukunft, in die ich von jetzt an blicken kann, ist das Projekt für uns ad acta gelegt.“



Demonstration in Parndorf. Am 27. November beteiligen sich an die tausend Bürger aus dem Bezirk an der Protestaktion gegen die Reststoffdeponie - auch die Volksschüler der Gemeinde machen mit. FOTO: REITER

CHRONOLOGIE

7.7.2010: Die „AVE“ sucht beim Umweltministerium um die Genehmigung einer Reststoffdeponie in Neudorf bei Parndorf an. Das Ansuchen wird am 7. Juli in der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht.

15.07.2010: Erster Runder Tisch zu den Plänen der „AVE“ in Parndorf.

25.08.2010: Parlamentarische Anfrage von Nationalrat Erwin Preiner an Bundesminister Nikolaus Berlakovich.

07.09.2010: Zweiter Runder Tisch im Büro von Landeshauptmann Hans Niessl, Bericht über Gespräch mit der Betreiberfirma „AVE“.

21.10.2010: Beantwortung der parlamentarischen Anfrage vom **25.08.2011** durch Bundesminister Nikolaus Berlakovich.

09.11.2010: Runder Tisch im Büro von Landeshauptmann Niessl.

18.11.2010: Nationalrat Erwin Preiner übergibt Petition der Bürgerinitiativen und Gemeinden Neudorf und Parndorf an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

27.11.2010: Große Demonstration in Parndorf gegen die geplante Reststoffdeponie.

28.02.2011: Naturschutzfachliches Gutachten von Prof. Holzner wird präsentiert.

01.03.2011: Übergabe des Gutachten an den damaligen Agrar-Landesrat Werner Falb-Meixner.

20.05.2011: Rechtsgutachten von Prof. Heinz Mayer wird präsentiert.

16.08.2011: Europarechtsgutachten von Prof. Alina Lengauer wird präsentiert.

06.09.2011: Erneute Bürgerinformationsversammlung in Parndorf.

Vier Gutachten wurden von Landeshauptmann Niessl beauftragt und bilden die rechtliche Grundlage zur Verhinderung der Deponie.

1. Naturschutzfachliches Gutachten
2. Geotechnisches Gutachten
3. Rechtliches Gutachten von Prof. Heinz Mayer
4. Europarechtliches Gutachten von Prof. Alina Lengauer